Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)

Aktuell seit 13.11.2026 13:06:00

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003594
Ersteintrag:	18.03.2022
Letzte Änderung:	13.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 34 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302844440 E-Mail-Adressen: info@freie-berufe.de Webseiten: www.freie-berufe.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
670.001 bis 680.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
7,13

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Stephan Hofmeister**
   Funktion: Präsident
2. **Gero Hagemeister**
   Funktion: Vizepräsident und Schatzmeister
3. **Dr.-Ing. Heinrich Bökamp**
   Funktion: Vizepräsident
4. **Andreas Dörschell**
   Funktion: Vizepräsident
5. **Ursula Funke**
   Funktion: Vizepräsidentin
6. **Dr. Karin Hahne**
   Funktion: Vizepräsidentin
7. **Prof. Ralf Niebergall**
   Funktion: Vizepräsident
8. **Dr. Thomas Remmers**
   Funktion: Vizepräsident
9. **Dr. Romy Ermler MBA**
   Funktion: Vizepräsidentin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Peter Klotzki**
2. **Jacqueline Kirsch**
3. **Petra Kleining**
4. **Andreas Müller**
5. **Nina Lucia Twardy**
6. **Natasha Volodina**
7. **Luca Samlidis**
8. **Dr. Stephan Hofmeister**
9. **Gero Hagemeister**
10. **Dr.-Ing. Heinrich Bökamp**
11. **Andreas Dörschell**
12. **Ursula Funke**

13. **Dr. Karin Hahne**
14. **Prof. Ralf Niebergall**
15. **Dr. Thomas Remmers**
16. **Dr. Romy Ermler MBA**

Gesamtzahl der Mitglieder:
59 Mitglieder am 05.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):
1. AG Mittelstand
2. Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung
3. Mittelstands- und Wirtschaftsunion
4. Wirtschaftsforum der SPD
5. Europäische Bewegung Deutschland

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (24):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsversorgung; Kultur; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Urheberrecht; Integration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Rechtspolitik; Sonstiges im Bereich "Recht"; Rente/Alterssicherung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Wir verfolgen alle Regelungsvorhaben mit freiberuflichem und berufsübergreifendem Bezug. Dabei wollen wir sowohl selbstständiges als auch abhängig beschäftigtes freiberufliches Tätigsein, den Erhalt und die Weiterentwicklung der freiberuflichen Berufsordnungen sowie der darin enthaltenen Werte und Vorgaben stärken. Die Bedeutung der freiberuflich schaffenden Persönlichkeiten in Gesellschaft und Staat sowie die Pflege der Beziehungen aller Freien Berufe untereinander stehen dabei im Fokus.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. **Einheitliche Rahmenbedingungen des Qualitäts- und Qualifikationsniveaus bei Nachhaltigkeitsberichterstattung**

   Beschreibung:
   Sollten IASP im Laufe des weiteren Gesetzgebungsverfahrens zur Prüfung der Nachhaltigkeitsberichtserstattung zugelassen werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese denselben fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen wie die AP unterliegen, um ein einheitlich hohes Qualitäts- und Qualifikationsniveau zu gewährleisten, zum Schutz der zu prüfenden Unternehmen und ihrer Anleger (des Kapitalmarkts). Nur so können vergleichbare Ausgangsbedingungen („Level-Playing Field“) unter den beteiligten Akteuren sichergestellt werden. Ein Verstoß gegen die Anforderung der Gleichwertigkeit würde zudem einen Verstoß gegen das EU-Recht bedeuten und zum Vertragsverletzungsverfahren führen.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

   Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2407230010** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.07.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2609110022** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **Evaluierung Hinweisgeberschutzgesetz**

   Beschreibung:
   Es muss evaluiert werden, wie oft neue Meldekanäle tatsächlich genutzt wurden.
   Ohne positive Evaluierung sollte das Gesetz abgeändert werden oder auslaufen oder zumindest die Schwelle hochgesetzt werden, ab der das Gesetz greift, z.B. auf 500 Mitarbeiter. Alle neuen Regulierungen und Gesetze, die für Freiberufler erhöhten Aufwand bedeuten, sollten grundsätzlich nur befristet eingeführt werden. Wenn sie nicht positiv evaluiert werden, also eine positive Wirkung bei geringen Erfüllungsaufwand und unerwünschten Nebenwirkungen entfalten, dann sollte das Gesetz automatisch auslaufen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   HinSchG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

3. **Schaffung einer gesetzlichen Regelung zum Erwerbsstatus selbstständiger Lehrtätigkeit**

   Beschreibung:
   Schaffung rechtssicherer Grundsätze der Statusbeurteilung unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen für die Abgrenzung von abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit.

   Interessenbereiche:
   Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

4. **Bewertung der Angemessenheit der Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn in Bezug auf Kleinstunternehmen**

   Beschreibung:
   Die Mitglieder der Mindestlohnkommission unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeit keinen Weisungen und haben sich eine eigenständige Verfahrensordnung gegeben. Die gesetzlich zugestandene Autonomie und die Unabhängigkeit der Kommission sind die elementaren Grundvoraussetzungen für das deutsche Mindestlohnrecht. Sie sind zu respektieren und zu schützen, und Vorgaben an die Mindestlohnkommission durch die Exekutive sollten unterlassen werden.

   Interessenbereiche:
   Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2501200004** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 23.09.2024 an:

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. **Vermeidung zusätzlicher bürokratischer Belastungen durch Bundestariftreuegesetz**

   Beschreibung:
   Vermeidung wirtschaftlicher und bürokratischer Belastung und zusätzlicher Standards für kleine freiberufliche Betriebe ohne tarifliche Struktur durch erhöhten Verwaltungsaufwand und finanzielle Mehraufwände

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/1941 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)
   1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]
   2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMAS): Tariftreuegesetz (Vorgang)
   Referentenentwurf (BMWE): Tariftreuegesetz (Vorgang)

   Interessenbereiche:
   Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2508060010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. **Ausbau des Sozialpartnermodells für nichttarifliche Freiberuflereinheiten durch Betriebsrentenstärkungsgesetz II**

Beschreibung:
Möglichkeiten zum Ausbau des Sozialpartnermodells und Lockerungen des Einschlägigkeitsgebotes bleiben hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten betroffener Berufsgruppen in den Freien Berufen zurück. Erforderlichkeit der Ergänzung des Einschlägigkeitserfordernisses hinsichtlich der Bezugnahme anderer Branchen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1859 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)
1. Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMAS): Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsrentengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze (Vorgang)

Interessenbereiche:
Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508060011** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. **Erstreckung der Regelungen zur Aktivrente auf Selbstständige**

Beschreibung:
Eine Differenzierung zwischen Freiberuflern, die selbstständig arbeiten und solchen, die abhängig beschäftigt sind, ist nicht gerechtfertigt. Auch Freiberufler müssen unter die lenkenden Steuererleichterungen fallen.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2508060012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

2. **SG2510140025** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **SG2511280009** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.11.2025 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

8. **Vorschläge Finanzierung Schuldnerberatung**

Beschreibung:
Ausschluss einer Mitfinanzierung der Schuldnerberatung durch KMU

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2774 (Vorgang) [alle RV hierzu]
zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/1847, 21/2458, 21/2669 Nr. 15 - Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 436/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz - SchuBerDG)
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

9. **Vergaberecht mittelstandsgerecht gestalten**

Beschreibung:
In der Debatte um das Vergabebeschleunigungsgesetz ist in den letzten Monaten immer wieder, sowohl im Kabinett als auch im Koalitionsausschuss ein Kompromiss gesucht und gefunden worden, der zu Lasten von Mittelstand und der kleineren Planungs- und Ingenieurbüros geht. Das im Koalitionsvertrag verankerte Bekenntnis zu einer mittelstandsfreundlichen Vergabe ist aufgeweicht worden. Wir brauchen daher dringend eine Einigung zum Vergabebeschleunigungsgesetz, das dem Koalitionsvertrag entspricht und dafür sorgt, dass Freie Berufe sowie Planungsbüros eine faire Chance auf Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611130003** (PDF - 10 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Stärkung Fremdbesitzverbot**

Beschreibung:
Fremdbesitzverbot stärken – Umgehungen verhindern. Für starke, unabhängige und vertrauenswürdige Freie Berufe. Fremdbesitz muss klar ausgeschlossen werden – damit die Unabhängigkeit freier Berufe gewahrt und ihre Gemeinwohlverpflichtung gestärkt wird. Berufsfremde Investoren unterliegen keiner Verschwiegenheitspflicht. Das Fremdbesitzverbot ist daher nicht nur Berufsrecht, sondern auch Datenschutz und Verbraucherschutz in einem.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/4550 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StBerG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

11. **Referentenentwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Feststellung des Erwerbsstatus der Selbständigkeit im Sozialversicherungsrecht**

Beschreibung:
Die Reform des Statusfeststellungsverfahrens ist ein zentraler Prüfstein für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Deutschland. Ohne schnelle, klare und verlässliche Statusentscheidungen drohen Investitionshemmnisse, Auftragsrückgänge und eine weitere Verunsicherung selbstständiger Erwerbsformen. Die Freien Berufe dürfen nicht unter einem pauschalen Generalverdacht stehen. Der BFB sieht die Reform als Chance für einen dringend notwendigen Paradigmenwechsel: weg von nachträglicher Ungewissheit, hin zu Transparenz, Vorhersehbarkeit und Vertrauensschutz. Entscheidend ist, dass neue Regelungen praxistauglich ausgestaltet werden, die Vielfalt beruflicher Realitäten abbilden und bestehende Vorsorgeentscheidungen respektieren.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Referentenentwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Feststellung des Erwerbsstatus der Selbständigkeit im Sozialversicherungsrecht
Datum des Referentenentwurfs: 26.03.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

12. **Wir sehen besonderen Prüfungsbedarf hinsichtlich der Auswirkungen der vorgesehenen Regelungen auf gesetzlich geschützte Vertrauensverhältnisse.**

Beschreibung:
Es besteht Prüfungsbedarf, ob die vorgesehenen Regelungen den berechtigten Geheimhaltungsinteressen aller von gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten erfassten Vertrauensbeziehungen ausreichend Rechnung tragen. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der Schutz von Behandlungs-, Beratungs-, Prüfungs- und Mandatsverhältnissen.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 453/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Nachrichtendienstrechts
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609110023** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

13. **Konsequente Risikoorientierung der Regelung**

Beschreibung:
Die überwiegende Mehrheit der Freien Berufe erzielt ihre Umsätze nicht in bargeldintensiven Geschäftsmodellen. Honorare und Vergütungen werden regelmäßig auf Grundlage von Rechnungen abgerechnet und überwiegend per Überweisung beglichen. Die Registrierkassenpflicht für Freie Berufe hat keinen Mehrwert für die Betrugsbekämpfung, wenn lediglich einzelne Bar- oder Kartenzahlungen oder die Vereinnahmung gesetzlicher Zuzahlungen erfasst werden sollen.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kassenpflicht, zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur weiteren Digitalisierung des Steuerrechts (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 07.08.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2609110024** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 14.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

2. **SG2610090014** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.10.2026 an:

   Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Aufhebung Fernunterrichtsschutzgesetz**

Beschreibung:
Rechtsklarheit schaffen, Bürokratie abbauen und den rechtlichen Rahmen an die Realität moderner digitaler Weiterbildungsangebote anpassen. Stärkung innovativer und qualitativ hochwertiger Weiterbildungsangebote. Bereits bestehende Qualitätssicherungssysteme in der Gesetzesbegründung ausdrücklich würdigen. Bewährte Qualitätssicherungssysteme der Freien Berufe ausdrücklich anerkennen und die Bedeutung freiberuflicher Weiterbildung dauerhaft absichern. Erforderliche Folgeanpassungen, insbesondere im Umsatzsteuerrecht und im Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE), sollten frühzeitig vorgenommen werden, um neue Rechtsunsicherheiten zu vermeiden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Fernunterrichts
Datum des Referentenentwurfs: 17.08.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
FernUSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609110021** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

15. **Erhalt berufsständischer Versorgungswerke**

Beschreibung:
Die bewährten und funktionierenden berufsständischen Versorgungswerke der Freien Berufe sollen erhalten, die Selbstverwaltung der Versorgungswerke, insbesondere ihre Satzungs- und Anlageautonomie, sowie ihre Finanzierung allein aus Mitgliedsbeiträgen und Kapitalerträgen ohne staatliche Einflussnahme gewahrt werden. Die verkammerten Freien Berufe dürfen nicht in eine Erwerbstätigen- oder Bürgerversicherung einbezogen werden.

Interessenbereiche:
Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611130004** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Elterngeld- und Mutterschutz-Reform**

Beschreibung:
Echte Verbesserungen im Sinne der selbstständigen Frauen und Unternehmerinnen bleiben im vorliegenden Referentenentwurf aus. Es fehlen die Einführung eines Mutterschutzes für Selbstständige analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte, eine Prüfung umlagefinanzierter und anderer geeigneter Finanzierungsmodelle und die Entwicklung von Konzepten für die Absicherung der betroffenen Betriebe sowie eine Aufklärungskampagne zum Mutterschutz.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes zur Weiterentwicklung und Vereinfachung des Elterngeldes
Datum des Referentenentwurfs: 28.10.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BEEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611130005** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.10.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
670.001 bis 680.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (8):

1. Bundesärztekammer
2. Kassenärztliche Bundesvereinigung
3. Bundeszahnärztekammer
4. Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung
5. Bundesrechtsanwaltskammer
6. Deutscher Anwaltverein
7. Bundessteuerberaterkammer
8. Bundesarchitektenkammer

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Jahresabschluss-2025.pdf